

Interpellation Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher, GB): Desinformation der BKW verlangt Richtigstellung durch den Gemeinderat

Anfangs Jahr liess die BKW 400'000 „Informationszeitungen“ an alle Haushalte der Kantone Bern und Jura verteilen. Dafür wurden 100'000 Franken (Angaben BKW) ausgegeben, welche über die kantonale Stromrechnung und über Steuergelder finanziert wurden. Auf den ersten Blick kommt die „Informationszeitung“ sehr sachlich und „informativ“ daher. Die verschiedenen Stromproduktionsarten werden wohlwollend vorgestellt, Produktionsschwankungen über den Tagesverlauf mit einem klassischen Strom Produktions- und Verbrauchstag thematisiert, eine Grafik zeigt eindrücklich, wie der Stromverbrauch über die Jahre steigen und die Produktion sinken wird und weshalb uns eine Stromlücke droht. Weiter wird die bundesrätliche Energiestrategie thematisiert und es wird erklärt, weshalb ein AKW-Ersatz unverzichtbar sei. In einem Kasten wird die vergangene Abstimmung der Stadt Bern zum Atomausstieg erwähnt. Abschliessend stellt die BKW noch all ihre innovativen Projekte vor – vom Windpark über Solar Impulse und Tropenhaus Frutigen bis zum Ausbau der Grimsel KWO plus. Weshalb also Desinformation?

Weil gewisse „Informationen“ schlicht falsch sind. So zum Beispiel: „Ende November 2010 hat die Stimmbevölkerung der Stadt Bern die Initiative EnergieWendeBern abgelehnt. Diese hatte verlangt, dass die Stadt bis 2030 aus der Atomenergie aussteigt. Befürwortet wurde hingegen ein Ausstieg ab 2039. Weil erneuerbare Energien allein zur Stromversorgung der Stadt Bern nicht ausreichen, muss diese einen grossen Teil der Kernenergie durch ein Gaskraftwerk ersetzen, das gegenwärtig im Forsthaus gebaut wird. Damit wird der CO₂-Ausstoss der Stadt Bern pro Jahr um mehr als 100'000 Tonnen erhöht.“ Die Stadt Bern muss nicht „einen grossen Teil der Kernenergie durch ein Gaskraftwerk ersetzen“, sondern baut zurzeit einen Anlageverbund aus Kehrlichtverbrennungsanlage, Holzschnitzelverbrennung und GaskOMBI-Kraftwerk. Lediglich die Spitzenlast des Fernwärmebedarfs wird durch das Holzheizkraftwerk und das Gas- und Dampfkombikraftwerk gedeckt. Diese Form der Energiegewinnung wird mit Kraft-Wärme-Kopplung bezeichnet. Dabei wird deutlich mehr Strom erzeugt; dadurch erhöht sich die lokale Stromerzeugung um den Faktor 30, was einen Stromeinkauf auf dem europäischen Markt überflüssig macht. Ineffiziente Ölheizungen werden also in Zukunft durch Fernwärme aus dem Anlageverbund ersetzt, der gleichzeitig Wärme und Strom produziert und unseren Abfall vernichtet. Es kommt zu einer deutlichen Erhöhung der CO₂-Effizienz um den Faktor 2.3 (erzeugte Energie pro Menge emittiertes CO₂). Die Informationszeitung unterstellt der Stadt Bern und damit auch ewb, dass sie durch den Bau der KVA Forsthaus West Atomstrom durch Strom mit hohem CO₂-Ausstoss substituieren werden. Deshalb fragen wir den Gemeinderat:

1. Wie steht er zu den Aussagen der BKW?
2. Ist er bereit, von der BKW eine Richtigstellung zu verlangen?

Begründung der Dringlichkeit:

Am 13. Februar stimmt die Bevölkerung im Kanton Bern konsultativ über den Bau eines neuen AKW in Mühleberg ab. Die Information der Bevölkerung muss vollständig, transparent und sachlich erfolgen.

Bern, 27. Januar 2011

Interpellation GB/JA! (Stéphanie Penher, GB), Aline Trede, Lea Bill, Rahel Ruch, Christine Michel, Jeannette Glauser, Cristina Anliker-Mansour, Hasim Sancar

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrates abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Die Stimmberechtigten der Stadt Bern haben im November 2010 mit grosser Mehrheit den Ausstieg aus der Atomenergie der Stadt Bern gutgeheissen und diese Haltung mit einem deutlichen Nein von 65 % zur Frage des Ersatzes des Kernkraftwerks Mühleberg bestätigt. Die Energiezentrale im Forsthaus ist einer von mehreren Bausteinen von Energie Wasser Bern für den Ausstieg aus der Atomenergie.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat teilt die im Umfeld der Abstimmung geäusserten Aussagen der BKW FMB Energie AG in keiner Art und Weise:

- Der in der Informationsbroschüre hervorgehobene Textabschnitt suggeriert, die Stadt Bern würde ihre Einwohnerinnen und Einwohner falsch informieren, da die Anlage gar keine erneuerbare Energie produziere, sondern vielmehr zur Steigerung des CO₂-Ausstosses beitrage.
- Die Stadt und ewb setzen auf eine nachhaltige und breit abgestützte Strategie beim Ausstieg aus der Atomenergie. Dies gilt auch für die Anlage im Forsthaus: Sie umfasst eine Kehrlichtverbrennungsanlage, ein Holzheizkraftwerk und ein Gas- und Dampfkombikraftwerk, die Energie in der Form von Fernwärme, Strom und Dampf erzeugen.
- Der Dampf wird unter anderem von der ARA Region Bern zur Trocknung von Klärschlamm benutzt. Dadurch wird Biogas frei für die Einspeisung ins Gasnetz. Mit dem lokal hergestellten Biogas können noch mehr Bernerinnen und Berner heizen oder ihre Erdgasfahrzeuge betreiben.
- Die Fernwärme versorgt etwa 450 Kunden in Bern, wie zum Beispiel das Inselspital oder den Bahnhof Bern, und soll mittelfristig deutlich ausgebaut werden. Dank der umweltfreundlichen Fernwärme können diese Kunden auf andere Heizmittel wie Erdöl verzichten. Das entspricht der Energiestrategie der Stadt Bern.
- Richtig ist, dass das Gas- und Dampfkombikraftwerk pro Jahr rund 100 000 Tonnen CO₂ ausstösst. Falsch ist, dass es das Klima zusätzlich mit 100 000 Tonnen CO₂ belastet. Denn würde auf die Anlage im Forsthaus verzichtet und der Strom auf dem freien Markt nach heutigen Bedingungen eingekauft, würde die CO₂-Bilanz um 57 000 Tonnen im Jahr schlechter ausfallen. Deshalb sinkt der CO₂-Ausstoss mit der neuen Energiezentrale Forsthaus um 17 %. Der Ausstoss wird durch die CO₂-Abgabe kompensiert. Die Anlage ist eine sehr effiziente und daher umweltfreundliche Form der Energieproduktion.

- In der Energiezentrale Forsthaus werden zudem auch aus dem zu 50 % erneuerbaren Kehricht und aus 100 % erneuerbarem Holz Wärme und Strom produziert. Auch gegenüber der veralteten Anlage ist die neue Energiezentrale Forsthaus viel effizienter und erzeugt aus fast der gleichen Menge Kehricht viel mehr Energie.

Zu Frage 2:

Der Gemeinderat hat in dieser Angelegenheit das Gespräch mit der BKW gesucht. Beide Seiten stimmen darin überein, dass eine sachliche Information zielführend ist.

Bern, 25. Mai 2011

Der Gemeinderat